

## Datenschutz ohne Polemik

In der Ausgabe vom 4. September 2015 berichtete die NZZ über die anstehende Revision des Datenschutzgesetzes (DSG). Der Zürcher Datenschutzbeauftragte Bruno Baeriswyl weckt darin den Eindruck, seitens des Vereins Unternehmens-Datenschutz (VUD) werde mit «Nebelpetarden» und «diffusen» Positionen Lobbying gegen diese Revision betrieben, ohne ernsthafte Lösungsbeiträge und alternative Lösungsvorschläge zu bieten. Diese Polemik ist verfehlt und trägt nichts zu einer sachlichen Diskussion bei. Im VUD kommen die Datenschutzverantwortlichen etlicher Schweizer Unternehmen zusammen. Der VUD betreibt kein Lobbying und verfasst keine politischen Stellungnahmen. Vielmehr ist der Zweck des Vereins darauf ausgerichtet, Erfahrungen über den Datenschutz im Unternehmen sowie den verantwortungsvollen Umgang mit Personendaten auszutauschen und eine fachliche Diskussion darüber zu führen, wie sich das Datenschutzgesetz am besten umsetzen lässt. Die im VUD vertretenen Unternehmen sind hinsichtlich deren Grösse, Ausrichtung und Branche und der durch sie getätigten Datenbearbeitungen sehr unterschiedlich aufgestellt. Ebenso unterschiedlich sind die im VUD vertretenen Meinungen. Die Mitglieder sind sich darin einig, dass gerade die in den Diskussionen im VUD bestehende Meinungsvielfalt für alle darin vertretenen Unternehmen sehr wertvoll ist, da sie neue Ideen und Lösungsansätze fördert. Der VUD wird von den zuständigen Stellen des Bundes als Sachverständiger konsultiert und sieht sich auch als solcher. Auch der Eidgenössische Datenschutz- und Öffentlichkeitsbeauftragte pflegt mit dem VUD einen regelmässigen Meinungsaustausch. Einig sind sich die Mitglieder darin, dass die Diskussion über die Revision des Datenschutzgesetzes sachlicher geführt werden muss und die inzwischen beliebte Symbolgesetzgebung, die sich in der Praxis nicht vernünftig umsetzen lässt, über das Ziel hinausschiess. Wenn dabei zum Beispiel darauf hingewiesen wird, dass das Auskunftsrecht im DSG heute regelmässig von Anwälten zur Beweisausforschung zweckentfremdet wird und bei Datenschutzerklärung weniger auch mehr sein kann, weil zu viel Information überfordert, dann mag das politisch nicht «en vogue» sein, es ist aber eben Realität. Es kann auch nicht sein, dass eine Revision des DSG primär

dazu dient, Anwälten, Beratern und Datenschützern mehr Arbeit zu verschaffen, ohne dass gleichzeitig der vom Gesetzgeber angestrebte Datenschutz besser eingehalten wird. Wer den VUD für solche Hinweise in die Ecke des Nebelpetarden-Werfers stellt, verlässt den Boden der sachlichen Diskussion.

Im Namen des VUD-Vorstandes:  
lic. iur. Claudia L. Wasmer, Präsidentin

## Hauseigentümer horten Geld

Wie aus dem NZZ-Beitrag vom 31. 8. 15 («Bankkonto statt Anlagestrategie») entnommen werden kann, lassen viele Schweizer Sparer grosse Summen Geld einfach liegen, anstatt das Geld in Wertpapiere oder Finanzprodukte zu investieren. Meiner Meinung nach ist diese Taktik vor allem bei Hauseigentümern und Besitzern von Eigentumswohnungen sehr beliebt.

Sie müssen nämlich – im Gegensatz zu Baugenossenschaften – grosse Summen als Rückstellungen und Liquidität für spätere Unterhalts- und Erneuerungskosten ihrer Immobilie ansparen. Damit der Zugriff auf Liquidität rasch und unproblematisch erfolgen kann, ist der Unterhalt eines Bankkontos und/oder das Mieten eines Bankschliessfaches zwecks Bargeldhortung eine plausible Option.

Letztere erfreut sich wegen der drohenden Negativzinsen steigender Beliebtheit. Bei einer breit abgestützten und gut organisierten Hortung von Bargeld (z. B. durch den Hauseigentümerverband, HEV) könnten sich die Haus- und Grundeigentümer zu einem politischen Schwergewicht entwickeln und ihre Muskeln spielen lassen. Die Banken hingegen könnten in erhebliche Liquiditätsschwierigkeiten geraten und müssten bei der Kreditvergabe an insolvente Kunden grösste Zurückhaltung üben.

Herbert Hämmerli, Zürich

## Verkehrssicherheit und Umweltschutz

Die von Bundesrat und Parlament vorgeschlagene Sanierung des Gotthardstrassentunnels mit einer zweiten Röhre überzeugt nicht nur in Bezug auf den richtungstrennten Verkehr und damit die Verkehrssicherheit, sondern auch bezüglich Umweltschutz (NZZ 4. 9. 15). In den Alpentälern müssen nicht grosse Grünflächen für Verladeanlagen verbaut werden. Die Erstellung und der Rückbau aufwendiger und landfressender Provisorien belasten das Ökosystem. Mehrverkehr gibt es mit dem Sanierungstunnel keinen, schon gar nicht doppelt so viele Lastwagen, wie von den Gegnern behauptet. Es werden ja nicht plötzlich doppelt so viele Güter transportiert.

Dieter Kläy, Winterthur

Bei den Berechnungen für einen Bahnverlad während der Sanierung des Gotthardstrassentunnels vermisste ich langfristiges Denken. Was geschieht in weiteren 30 Jahren, wenn eine erneute Sanierung fällig wird? Beginnt dann die ganze Übung noch einmal von vorne? Ich befürchte, dass unsere Kinder dereinst Mühe haben werden mit unserer

Kurzichtigkeit. Bei Infrastrukturanlagen dieser Bedeutung und dieser Gröszenordnung ist es zwingend, in erweiterten Zeiträumen zu denken.

Jost Wirz, Zürich

Die Befürworter einer zweiten Strassentunnelröhre am Gotthard argumentieren, zwei richtungstrennte Tunnel seien sicherer als der bisherige. Das ist unbestritten, sollte aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Sorge um die Sicherheit nur vorgeschoben ist. Ginge es ehrlich um die Sicherheit, so wäre eine Sanierung von unfallträchtigen Fussgängerstreifen weitaus dringender als eine zweite Röhre durch den Gotthard. Die Verkehrsunfall-Statistik der Schweiz zeigt, dass in den letzten fünf Jahren 5 Menschen im Gotthardtunnel ihr Leben verloren haben, hingegen 128, also über 25 Mal mehr, als Fussgänger auf einem Fussgängerstreifen.

Hans Schmitter, Zürich

Es ist gut, dass sich zur Idee, eine zweite Strassentunnelröhre am Gotthard zu bauen, kritische Experten melden, nachdem die Politik das 3-Milliarden-Projekt leichtfüssig verabschiedet hat. Man wundert sich schon: Der 1882 gebaute Bahntunnel durch den Gotthard musste noch nie zwecks Revision geschlossen werden. Der nur 35-jährige Strassentunnel soll jahrelang geschlossen und revidiert werden, deshalb braucht es eine zweite Röhre. Der Arlberg-Strassentunnel ist ebenfalls für 7 Monate revisionsbedingt geschlossen, nächstes Jahr nochmals. Nach einem Lastwagenbrand musste der Montblanc-Strassentunnel zwei Jahre geschlossen werden. Irgendwann sollten bei den Strassenfachleuten die Alarmglocken läuten. Ist das Konzept «langer Strassentunnel für den Individualverkehr» ökonomisch vertretbar? Warum wurde der Eurotunnel zwischen Frankreich und England, anfänglich als Strassentunnel geplant, als Bahntunnel (Lastwagen und PW werden verladen) gebaut? Wohl darum, weil er als wirtschaftliches Privatunternehmen betrieben wird und Investoren kaum eine Anlage bauen, die man nach 35 Jahren für 2 Jahre schliessen muss.

Robert Hofer, Dornach

Kann nach der Studie zum Bahnverlad während der Sperrung des Gotthardstrassentunnels überhaupt noch jemand für eine zweite Strassentunnelröhre am Gotthard stimmen? Alles spricht für die Ablehnung der Vorlage, welche voraussichtlich im Februar 2016 zur Abstimmung kommt. Genau betrachtet muss der Strassentunnel gar nicht saniert, sondern kann stillgelegt werden, da die Kapazitäten der rollenden Landstrasse höher sind – auch zu Spitzenzeiten. Ein wichtiger Aspekt wird in der Studie nicht erwähnt, die Sicherheit. Dazu lässt sich Folgendes festhalten: Es gibt nichts Sichereres als den Bahnverlad für Motorfahrzeuge. Mir sind jedenfalls keine Unfälle mit dieser Art des Transports bekannt.

Simon Bischof, Basel

### Mitteilung des Verlags

#### Annahmeschluss Anzeigen für das Knabenschienens

Ausgabe	Annahmeschluss
Mittwoch, 16. Sept.	Montag, 14. Sept. 9.00 Uhr

#### Todesanzeigen

Am Vortag der Publikation zwischen 14 und 18 Uhr beim Empfang, Eingang Falkenstrasse 11, abgeben oder per Fax 044 258 13 70 oder per E-Mail: inserate@nzz.ch.

### WAS LÄUFT FALSCH?

# Arbeitsmarkt in Schiefelage

#### Gastkommentar

von MARTIN FLÜGEL, Travail Suisse

Die Zukunft der Schweiz als Land mit hohem Wohlstandsniveau für breite Bevölkerungskreise entscheidet sich momentan auf dem Arbeitsmarkt. Dort ist eine Entwicklung zu beobachten, die die Befindlichkeit der Arbeitnehmenden stark beeinträchtigt. Und da die Arbeitnehmenden in unserer direkten Demokratie als Stimmbürger grundlegende sachpolitische Entscheidungen fällen, schlägt sich deren Befindlichkeit über kurz oder lang auch in den Rahmenbedingungen für die Wirtschaft nieder.

Die angesprochene Entwicklung besteht in der schleichenden Veränderung der Anstellungspolitik der Unternehmen. Immer häufiger sind diese nicht mehr bereit oder – aufgrund fehlender Ressourcen und fehlenden Wissens – auch gar nicht in der Lage, neue Mitarbeiter fundiert einzuarbeiten. Offene Stellen besetzen sie nur noch mit Arbeitnehmenden, die exakt auf das Profil passen und vom ersten Arbeitstag an die volle Leistung erbringen können.

Ganz besonders trifft dies ältere Arbeitnehmende, die zwar über grosse Erfahrung verfügen, deren Fachwissen aber für die ausgeschriebene Stelle mit etwas Weiterbildung angepasst werden müsste. In einer vom Bundesamt für Sozialversicherungen (BSV) erstellten Studie erklärten die Arbeitgeber, dass sie lieber neue Mitarbeiter aus dem Ausland anstellen würden, statt älteren Arbeitnehmenden eine Chance zu geben. Aber auch jüngere Arbeitnehmende sind betroffen, weil die Karriereförderung und die Weiterbildungspolitik an Bedeutung verlieren. Dazu kommt, dass in Grenzregionen oft Führungskräfte aus dem nahen Ausland angestellt werden, die wiederum Landsleute rekrutieren, gerade dann, wenn diese bereit sind, für einen tieferen Lohn zu arbeiten.

Obschon diese Entwicklung statistisch noch kaum erfassbar ist, nehmen Arbeitnehmende sie wahr. Gemäss einer unveröffentli-

## Die Befindlichkeit der Arbeitnehmenden wirkt sich auf die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen aus.

ten repräsentativen Umfrage von Travail Suisse befürchten bereits mehr als die Hälfte der Arbeitnehmenden und sogar 65 Prozent der Arbeitnehmenden ab 46 Jahren, dass sie bei einem Stellenverlust nicht mehr eine vergleichbare Stelle finden würden. Das Unsicherheitsgefühl ist also sehr gross. Das mindert das Vertrauen der Arbeitnehmenden in die Wirtschaft.

Zudem stellt die neue Anstellungspolitik den Nutzen der Arbeitsmarktflexibilität für die Arbeitnehmenden infrage. Gewöhnlich wird argumentiert, dass die Arbeitgeber dank der Flexibilität des Arbeitsmarktes rascher Personal entlassen können, aber auch schneller bereit sind, Personal wieder einzustellen. Die Arbeitnehmenden tragen zwar ein höheres Entlassungsrisiko, profitieren aber zugleich von grösseren Arbeitsmarktchancen. Wenn die Flexibilität aber nur darin besteht, dass die Arbeitgeber rascher passenderes und erst noch billigeres Personal finden, die Arbeitnehmenden hingegen nach einer Entlassung nur mit viel Mühe – wenn überhaupt – eine schlechtere Arbeitsstelle finden als zuvor, wird die Flexibilität für die Arbeitnehmenden zur Bedrohung.

Die Schiefelage auf dem Arbeitsmarkt hat also das Potenzial, die Flexibilität des Arbeitsmarktes und damit einen der Erfolgsfaktoren der Schweiz zu zerstören. Auch die politischen Kosten können hoch ausfallen.

Beispielhaft sind in diesem Zusammenhang die Annahme der «Abzocker» und der Masseneinwanderungs-Initiative. Während Erstere nichts nützt, dadurch jedoch die Politikverdrossenheit schürt, schadet Letztere der Schweiz massiv. Egal, wie sie umgesetzt wird, grosse Unsicherheiten hat sie bereits geschaffen. Falls sich die Schiefelage des Arbeitsmarktes in weiteren solchen Abstimmungsergebnissen niederschlägt, wird nicht nur sachpolitisch Schaden angerichtet, sondern auch die politische Stabilität, der wichtigste Standortfaktor der Schweiz, nachhaltig geschädigt.

Martin Flügel ist Präsident der Gewerkschaft Travail Suisse

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben in den kommenden Wochen Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

## Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780  
Der Zürcher Zeitung 236. Jahrgang

#### REDAKTION

##### Chefredaktor:

Eric Gujer

##### Chefredaktorin Neue Produkte:

Anita Ziellina

##### Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, René Zeller

**Tagesleitung:** Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Peter Sennhauser  
**International:** Andreas Rüesch (a. i.), Andres Wysliling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, David Signer

**Schweiz:** René Zeller, Claudia Baer, Markus Hofmann, Paul Schneeburger, Simon Gompertli, Davide Scruzz, Michael Schönenberger, Valerie Zastavski, Frank Sieber, Marcel Amrein, Nadine Jürgensen, Marc Trübhorn  
**Bundeshaus:** Markus Häfliger, Christof Forster  
**Bundesgericht:** Katharina Fontana  
**Medien:** Rainer Stadler

**Wirtschaft / Börse:** Peter A. Fischer, Werner Erz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzicic, Andrea Martel Fus, Michael Rasch, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gratwohl, Werner Grundlehner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft  
**Feuilleton:** Martin Meyer, Roman Hollenstein, Angela Schader, Barbara Villiger Heilig, Andreas Breitenstein, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Urs Steiner, Susanne Ostwald, Philipp Meier, Samuel Herzog  
**Zürich:** Luzi Bernet, Christina Neuhaus, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürimann, Stefan Hotz, Adi Kilian, Natalie Avarzino, Andreas Schürer

**Sport:** Eimar Wagner, Peter Jegen, Flurin Claliona, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birner, Anja Knabentanz

**Meinung & Debatte:** Martin Senti, Elena Panagiotidis

**Panorama:** Katja Baigiger, Manuela Nyffenegger, Susanna Ellner, Ruth Spitzzenpeil

**Nachrichtenredaktion:** Anja Grünenfelder, Marc Romner, Michèle Schell, Roman Sigrist

**Reporter:** Marcel Gyr, Alois Feusi

**Wissenschaft:** Christian Speicher, Alan Niederer, Stephanie Kusma, Lena Stallmach

**Beilagen (Bildung und Gesellschaft / Mobil - Digital / Reisen und Freizeit, Campus):** Walter Hagenbüchle, Stefan Betsch, Susanna Müller, Claudia Wirz, Michael Baumann, Henning Steier, Anna Chudozilov, Barbara Ehrensperger, Robin Schwarzenbach

#### GESTALTUNG

**Art-Direction/Bild:** Brigitte Meyer. **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl. **Blattplanung:** Philipp Müller. **Produktion:**

Hansruedi Frei. **Korrektorat:** Yvonne Betschens. **Archiv:** Ruth Haener. **Projekte:** André Maerz

**Rechtskonsultant der Redaktion:** Claudia Schoch

#### WEITERE REDAKTIONEN

**NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller. **NZZ-Folio:** Daniel Weber. **NZZ-Format:** Tobias Wolff. **NZZ-Campus:** Ronald Schenkel

#### NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

#### ADRESSEN

**Redaktion:** Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbriefe@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

**Verlag:** Falkenstr. 11, Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch

**Leserservice:** Postfach, CH-8021 Zürich, Schweiz: Tel. 044 258 15 30, Fax 044 258 18 39, Ausland: Tel. +41 44 258 18 03, Fax +41 44 258 18 29, www.nzz.ch/leserservice, E-Mail: leserservice@nzz.ch

**Inserate:** NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch  
**Druck:** DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

#### PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST)

**Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben:** 675 Fr. (12 Monate), 373 Fr. (6 Monate), 197 Fr. (3 Monate)

**Abonnement NZZ Digital:** 498 Fr. (12 Monate), 278 Fr. (6 Monate), 152 Fr. (3 Monate), 48 Fr. (10 Wochen)

**Pendlerabo NZZ:** 578 Fr. (12 Monate), 313 Fr. (6 Monate), 166 Fr. (3 Monate), 58 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

**Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben:** 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

**Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben:** 793 Fr. (12 Monate), 445 Fr. (6 Monate), 239 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

**Studenten und Lernende:** 40 Prozent Rabatt auf Abonnementspreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

**Alle Preise gültig ab 1. 1. 2015**

Die Abonnentenadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

**Anzeigen:** gemäss Preisliste vom 1. 1. 2015

#### BEGLAUBIGTE AUFLAGE

**Verbreitete Auflage:** 124 043 Ex. (Wemf 2014)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG